

An den Herrn Ministerpräsidenten des
Freistaates Sachsen
Herrn Stanislaw Tillich
Archivstraße 1
01097 Dresden

Nürnberg, 27. Januar 2015

Offener Brief als Reaktion auf die Aussage „Die Muslime, nicht aber der Islam gehört zu Deutschland“

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Tillich,

die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg wurde 2009 auf Initiative des Menschenrechtsbüros der Stadt Nürnberg mit Unterstützung des damaligen und jetzigen Oberbürgermeisters Dr. Ulrich Maly gegründet. 141 Kommunen und Landkreise sowie 151 zivilgesellschaftliche Organisationen der Metropolregion sind in der Allianz vereint.

Die Allianz blickt seit Monaten mit Sorge nach Dresden auf die Montagsspaziergänge von „Pegida“. Daher haben wir, wie viele andere in Deutschland mit großer Freude die beeindruckende Demonstration auf dem Dresdner Neumarkt am 10. Januar registriert, wo 35.000 Dresdner Bürger, die Stadtspitze und Sie selber mit deutlichen Worten für „Recht, Demokratie und Weltoffenheit“ eintraten.

Ungeachtet der 35.000 auf dem Neumarkt agiert „Pegida“ weiter.

Mit großer Sorge registriert die Allianz, dass es in Deutschland wieder Demagogen gibt, die mit emotional aufgeladenen, demokratiefeindlichen Parolen Zehntausende auf die Straße bringen. Noch schlimmer ist, dass es in Deutschland wieder Zehntausende gibt, die diesen Parolen ungeprüft hinterherlaufen und sich dabei nicht genieren, sogar DIE Kernaussage von 1989 „Wir sind das Volk“ zu missbrauchen. Damals ging es um Freiheit, den Drahtziehern von „Pegida“ geht es darum, Freiheit einzuschränken, und (wie vor 80 Jahren) eine Religion zu diffamieren.

Anlass für diesen Brief ist Ihre Aussage vom Wochenende, dass wohl die Muslime, nicht aber der Islam zu Deutschland gehören. Diese Aussage ist mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten nicht vereinbar. Er verstößt gegen die Glaubens- und Gewissensfreiheit im deutschen Grundgesetz, in der europäischen Menschenrechtskonvention und in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Diese grundlegenden Dokumente schützen die Grundrechte jeden einzelnen Bürgers, egal, ob er Jude, Christ oder Muslim ist und dessen Religion. Eine Trennung zwischen den Angehörigen einer Religion und der Religion ließe die Religionsfreiheit zu einem Grundrecht zweiter Klasse verkommen.

Wir fürchten daher, dass Ihre Aussage Öl ins Feuer von „Pegida“ gießt, die weniger Islam will in Deutschland. (Wobei es in Dresden im Gegensatz zu Nürnberg sehr wenig Bürger geben dürfte, die tatsächlich täglichen, nachbarschaftlichen oder gar freundschaftlichen Kontakt zu Muslimen haben)

Wie sollen Muslime, die ihren Glauben im Alltag leben und die es – zu Recht – leid sind, sich dauernd von Gewalttaten gewissenloser Terroristen distanzieren zu müssen, Ihre Aussage verstehen? Sie sind Muslime, ihr heiliges Buch ist der Koran und ihre Religion der Islam. Wie soll da einer der Begriffe heraustrennbar sein?

Sie sind Ministerpräsident eines Bundeslandes, dessen Hauptstadt derzeit massive Angriffe auf Grundrechte unserer Verfassung erlebt. Neben der Religionsfreiheit wird ja auch die Pressefreiheit angefeindet.

Ihre Aufgabe, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, als demokratisch gewähltes Oberhaupt eines Bundeslandes, ist es, sich jetzt entschlossen an die Spitze derer zu stellen, die für Demokratie und gegen Diskriminierung eintreten.

Die Allianz gegen Rechtsextremismus, die für annähernd 1,5 Millionen Menschen in der Metropolregion Nürnberg steht, fordert Sie eindringlich auf, erwachendem Nationalismus, Rassismus und jeglicher Diskriminierung eine entschiedene Absage zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen,

Der Vorsitzende:



Michael Helmbrecht
Technische Hochschule
Nürnberg

Die stellvertretenden
Vorsitzenden:



Stephan Doll
DGB-Vorsitzender
Region Mittelfranken



Dr. Stefan Ark Nitsche
Regionalbischof
im Kirchenkreis Nürnberg



Dr. Elisabeth Preuß
2. Bürgermeisterin
der Stadt Erlangen



Suzi Streckel
Con.GmbH Gunzenhausen